Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A01

Gute Arbeit in der klimaneutralen Wirtschaft – Bremen soll vorangehen

Um den menschengemachten Klimawandel abzubremsen und in seinen negativen Folgen zu begrenzen, muss die Dekarbonisierung der Wirtschaft gelingen. Gleichzeitig muss das Versprechen des Pariser Klimaabkommens einer „Just Transition" („Gerechter Übergang") eingelöst werden: Klimaschutz muss Wohlstand und Beschäftigung sichern. Dafür steht die Sozialdemokratie.

Gerade für Bremen ist der Umbau der Wirtschaft eine besondere Herausforderung. Als Industrie und Handelsstandort, sowie als Zentrum der Automobil- und Raumfahrtindustrie sind zahlreiche Bremer Branchen unmittelbar betroffen. Die Antwort der Sozialdemokratie kann aber nicht Deindustrialisierung lauten, um kurzfristig Emissionen einzusparen. Zum einen würden entsprechende Produkte dann schlicht in anderen Regionen produziert. Zum anderen haben wir eine Verantwortung für die Beschäftigten in den betroffenen Branchen. Ein erfolgreicher Umbau der Wirtschaft auf nachhaltiger Basis wird die wohl größte wirtschaftliche Herausforderung seit Jahrzehnten. Während wir Unternehmen wie die Stahlwerke dabei unterstützen, ihr Geschäftsmodell klimaneutral umzubauen, zum Beispiel durch den Einsatz von grünem Wasserstoff, dürfen wir bei diesem Wandel auch die Beschäftigten nicht aus dem Blick verlieren.

Der Schlüssel zur Verbindung der beiden Herausforderungen „Dekarbonisierung" und „Beschäftigungssicherung" ist aus unserer Sicht Qualifizierung. Denn einerseits müssen bedeutsame Bremer Wirtschaftszweige auf dem Weg zur Klimaneutralität gigantische Investitionen stemmen (so etwa Stahlproduktion, Automobilbau, Luftfahrt). Infolgedessen werden sie Produktionsumstellungen vollziehen, denen einige bisherige Berufsbilder zum Opfer fallen. Andererseits erfordert das Gelingen der Dekarbonisierung erhebliche Fachkräftebedarfe, z.B. beim Ausbau der erneuerbaren Energien (Installation, Wartung, Recycling), der Wasserstoffwirtschaft als neuer Schlüsseltechnologie oder auch für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Für eine sozial gerechte Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft fordern wir:

1. Stärkung der Sozialpartnerschaft

Nur durch ständigen Austausch und Kooperation der Sozialpartner können die für die Transformation nötigen Qualifizierungsbedarfe festgestellt, können sie in die Gremien der Selbstverwaltung getragen und können die entsprechenden Berufsbilder nach dem Leitbild „Gute Arbeit“ hinreichend attraktiv gestaltet werden. Das gilt auch auf betrieblicher Ebene: Mitbestimmte Betriebe sind wirtschaftlich erfolgreicher, bieten mehr Geschlechtergerechtigkeit und investieren mehr in ihre Zukunft.

Das Land Bremen muss seinen Beitrag zum Stopp der Tariferosion leisten. Der Parteitag fordert den Senat auf, zügig eine Ausweitung der Tariftreuepflicht für öffentliche Aufträge auf den Weg zu bringen. Aus- und weiterbildende Betriebe sollen künftig bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden.

Der Parteitag begrüßt die Initiative des Bundesarbeitsministers, den Straftatbestand Behinderung von Betriebsratswahlen künftig als Offizialdelikt bereits von Amtswegen zu verfolgen. Nur Unternehmen mit ausbeuterischen Geschäftsmodellen können Interesse an der Verhinderung einer Arbeitnehmer:innenvertretung haben.

2. Fokus auf Qualifizierung – Bremen als Land der Weiterbildung

Die Bremer Aufstiegsprämie und der Bremer Qualifizierungsbonus sind erfolgreiche Aufstiegsförderungen für Bremer:innen, die wir fortsetzen wollen.

Rückenwind kommt aus dem Bund: Der Koalitionsvertrag der Ampel sieht vor, in der Arbeitsvermittlung den Vorrang von Vermittlung in (prekäre) Beschäftigung vor Qualifizierung zu streichen. Darüber hinaus sollen die Arbeitsagenturen künftig auch als Qualifizierungsberatung tätig sein und eine Bildungsteilzeit soll eingeführt werden. Schließlich will der Bund den Bremer Qualifizierungsbo-

nus künftig als gesetzliche Regelförderung für Arbeitslose übernehmen („Weiterbildungsgeld“), sodass die Bremer Landesmittel frei werden und neu verwendet werden können.

Aufbauend auf dieser Ausgangslage wollen wir Bremen zum Land der Weiterbildung machen.

Dazu soll die neu gegründete Landesagentur für Weiterbildung Programme für das Nachholen von Berufsabschlüssen (Externenprüfung) und zugehörige Unterstützungskurse konzipieren und finanzieren. Neben der Übernahme bereits bestehender erfolgreicher Programme wie „Frauen in IT“ fordern wir, dass Schwerpunkt der Landesagentur die Erstellung von Konzepten wird, um Bremer:innen breitere Zugänge zu Qualifizierung zu eröffnen und insbesondere für den klimabedingten Strukturwandel zu qualifizieren.

Zu diesem Zweck definiert die Landesagentur Schwerpunktbranchen des Strukturwandels. Diese Schwerpunktbranchen sollen aufgrund von Analysen zu Beschäftigungsverlusten durch Dekarbonisierung, aber auch durch Digitalisierung (z.B. Automobilproduktion, Einzelhandel, Häfen) ausgewählt werden. Für die dortigen Beschäftigten soll die Landesagentur Qualifizierungspläne erstellen.

Eine Möglichkeit, diese Qualifizierungspläne umzusetzen, ist die Gründung einer Transitionsgesellschaft, wie sie auch im Abschlussbericht der Klima-Enquete vorgeschlagen wird. Ziel ist es, Beschäftigten in Branchen mit Arbeitsplatzverlusten berufliche Neuorientierung, Weiterbildung und damit berufliche Umstiege auf hohem qualitativen Niveau zu ermöglichen.

Die Transitionsgesellschaft finanziert sich insbesondere als von der Bundesagentur für Arbeit zertifizierte und finanzierte FbW-Maßnahmen (Förderung der beruflichen Weiterbildung). Das Land Bremen stockt das Arbeitlosengeld mit einem Qualifizierungsbonus von 150 Euro im Monat auf. Um Arbeitslosigkeit

von vornherein zu vermeiden, ist der Zugang auch für von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte sicherzustellen.

Um den zu hohen Anteil von Bremer:innen ohne Berufabschluss zu senken und zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen, müssen wir Bremens bereits hohes Niveau an Qualifizierung von Arbeitslosen ohne Berufsabschluss weiter ausbauen. Wir wollen den Bremer Qualifizierungsbonus künftig allen Beschäftigten ohne Berufsabschluss gewähren, die diesen nachholen. Damit möglichst viele Beschäftigte hiervon profitieren könne, fordern wir vom Bund, dass im Rahmen der künftigen „Bildungsteilzeit“ Weiterbildung in laufender Beschäftigung künftig nicht mehr von der Zustimmung des Arbeitgebers abhängt, sondern auch auf Eigenwunsch der/des Beschäftigten zustande kommen kann.

3. Erstausbildung nicht aus dem Blick verlieren

Nicht aus dem Blick verlieren dürfen wir den Wert der Erstausbildung. Eine erfolgreiche Bildungs- und Erwerbskarriere nach dem allgemeinbildenden Schulbesuch startet mit dem Berufsabschluss. Die Jugendberufsagentur muss nahtlos alle jungen Menschen am Übergang von Schule und Beruf erfassen und kontaktieren, um sie in Ausbildung zu vermitteln und zur Ausbildung zu motivieren. Die Zielsetzung des Programms Ausbildung:innovativ, mit der mehr Unterstützung für die Berufsorientierung/-wahl, die Einstiegsqualifizierung und assistiere Ausbildung vorgesehen ist, geht in die richtige Richtung. Dabei ist ein besonderer Fokus auf die Chancen im Handwerk zu legen, wo der Fachkräftemangel durch den Ausbau der erneuerbaren Energien noch zunehmen wird.

Die Ausbildungsplätze des vom Land Bremen finanzierten Programms „Ausbildungsgarantie“ wollen wir künftig stärker auf klimaschutzrelevante Berufe mit Fachkräfteengpässen ausrichten.

Um die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu verringern, wollen wir die Schulsozialarbeit (Projekt „Bleib dran!“) an allen Berufsschulen etablieren.

Um mehr Alleinerziehende für einen Ausbildungsberuf zu gewinnen, muss der Ausbau von flexiblen Betreuungsangeboten (Betriebsnah auch im Schichtbetrieb) für Kinder vorangetrieben werden. Die 2021 eingeführte Bevorzugung von Alleinerziehenden bei der Vergabe von Betreuungsplätzen ist ein wichtiger Schritt. Zurzeit wird deren Umsetzung jedoch nicht transparent überprüft. Wir fordern eine systematische Erfassung des Status der Alleinerziehenden im neuen Anmeldesystem der Kindertagesbetreuung und eine transparente Berichterstattung über die Versorgungsquote von Alleinerziehenden. Wer eine Ausbildung machen möchte, aber keinen Betreuungsplatz findet, muss zudem durch eine Anlaufstelle bei der Behörde eine Unterstützung bekommen können.

Die Attraktivität einer Berufsausbildung macht sich auch an der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung fest. Wir wollen die sozialen Angebote für Studierende und für Auszubildende deshalb gleichstellen. Bremen gewährt bereits das Begrüßungsgeld für Studierende auch für Auszubildende. Bremens erstes Azubi-Wohnheim sowie das Jugendticket, das auch Auszubildenden zusteht, sind die nächsten Schritte. Sie wollen wir zügig an den Start bringen.

Nicht zu übersehen ist aber auch der Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen trotz des steigenden Fachkräftemangels. Wir fordern daher zügig die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung eines Ausbildungsfonds, um Ausbildungsbetriebe und Auszubildende während der Ausbildung zu unterstützen und das Ausbildungsplatzangebot zu erhöhen.

Im Transformationsprozess kommt der beruflichen Erstausbildung auch in nicht unmittelbar klimaschutzrelevanten Berufen eine zentrale Rolle zu. Denn hier

werden zentrale Kompetenzen für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten vermittelt. Dafür müssen wir ökologische und soziale Nachhaltigkeit zum Bestandteil der beruflichen (Erst-)Sozialisation machen. Wir brauchen eine Strategie für die berufliche Erstausbildung für nachhaltige Entwicklung, die auf einen digitalen und grünen Wandel abzielt. In einem ersten Schritt ist eine Anpassung der Rahmenpläne für Ausbildungsberufe, für die eigene Bremer Rahmenpläne erstellt und erlassen werden, denkbar.

Für eine erfolgreiche Berufsausbildung müssen wir aus Corona lernen und für künftige Pandemien gewappnet sein. Dazu fordern wir: (1) die Digitalisierung der Berufsschulen muss mit höchster Priorität vorangetrieben werden, damit Unterricht nicht nur in der Schule stattfinden muss. (2) Auch Prüfungstermine und Ausbildungsdauer müssen flexibel an die Rahmenbedingungen angepasst werden können. (3) Für Berufsbilder, in denen Pandemiebedingt keine praktische Ausbildung stattfinden konnte (z.B. Hotel- und Gastro), hat Bremen bereits Verantwortung übernommen und Ausbildungsverbünde sowie außerbetriebliche Arbeitsplätze mit Hilfe der Ausbildungsgarantie eingerichtet. Diese Maßnahmen müssen im Pandemiefall unmittelbar zur Verfügung stehen. Außerdem fordern wir eine Prüfung, ob diese Maßnahmen für alleinerziehende und/oder beeinträchtigte Ausbildungswillige auch außerhalb einer Pandemie zur Verfügung stehen können.

4. Finanzierungsinstrumente bereitstellen: Klimaschutz und Qualifizierung benötigen Investitionen

Vor dem Hintergrund der u.a. von der Enquetekommission ermittelten Investitionsbedarfe in den Klimaschutz im Land Bremen fordern wir eine Öffnung des Kreditaufnahmeverbots („Schuldenbremse“) für volkswirtschaftlich rentable Investitionen (z.B. in Bildung, Forschung und Dekarbonisierung) im Rahmen eines spezifisch definierten Investitionsprogramms.

Weil es ohne die nötigen Fachkräfte kein Gelingen der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen geben kann, muss auch die Finanzierung von Qualifizierung als Zukunftsausgabe ermöglicht werden. Als Sofort-Maßnahme fordern wir, dass auch aus dem Bremer Mitteln des „Handlungsfeldes Klimaschutz“ Qualifizierungsmaßnahmen finanziert werden.